



SPÖ OÖ

**DAS SPÖ-REGIERUNGSPROGRAMM
FÜR OBERÖSTERREICH: ES BRAUCHT**

**JETZT
MEHR FÜR
DICH.**

**BIRGIT
GERSTORFER**

ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.

Impressum:

SPÖ Oberösterreich

Landstraße 36

4020 Linz

Bilder: SPÖ Oberösterreich,
Sebastian Philipp, Alissar Najjar,

unsplash, iStock

Inhalt

1	Wir kämpfen um Arbeitsplätze	4
1.1	Wir schaffen Arbeitsplätze	7
1.2	Wir sichern gute Arbeitsplätze	8
1.3	Wir schaffen Perspektiven für junge Menschen	9
1.4	Wir schaffen einen starken Wirtschaftsstandort	11
1.5	Wir garantieren soziale Absicherung	13
2	In Bildung investieren, nicht in Reiche	14
2.1	Jedes Kind verdient eine glückliche Kindheit	17
2.2	Wir schaffen Schulen, die Talente fördern	18
2.3	Lebenslanges Lernen	20
3	Gesundheit ist alles	22
3.1	Prävention ist die beste Vorsorge	25
3.2	Wir garantieren die beste Versorgung für kranke Menschen	26
3.3	Es geht ums Prinzip: Solidarische Krankenversicherung und Gesundheitsvorsorge	27
4	Pflege braucht Liebe, Zeit und Geld	28
4.1	Wir garantieren ein Altern in Würde	31
4.2	Pflege ist mehr wert	32
5	Gutes Leben in Stadt und Land	34
5.1	Wir garantieren leistbaren Wohnraum für alle	37
5.2	Unkompliziert von A nach B	39
5.3	Lebensqualität vor Ort: Ortskernbelebung & Freizeitangebot	40
5.4	Gerechtigkeit ist gefragt: Gerade bei den Gemeindefinanzen	42
5.5	Es gibt keinen Planet B	43
6	Ein breites Kulturangebot für ganz Oberösterreich	46
7	Landwirtschaft: Die Grundlage für ein gesundes Leben	49
8	Mehr Demokratie für Oberösterreich	50
9	Ein solidarisches Oberösterreich	52
9.1	Wir kämpfen für Gleichberechtigung	54
9.2	Wir leben internationale Solidarität	56
9.3	Integration: Wir schauen aufeinander	58
9.4	Inklusion, das schaffen wir	59



K
A

PLA



WIR KÄMPFEN UMS ARBEITS- SÄTZE!

UNSER REGIERUNGSPROGRAMM FÜR OBERÖSTERREICH.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt: Neue Berufe und Beschäftigungsformen sind entstanden, die Arbeitswelt wurde flexibler, aber auch brüchiger und digitaler. Gleichzeitig sind wir mit großen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der Corona-Krise konfrontiert. Es ist die Aufgabe der Politik, für Stabilität und Sicherheit zu sorgen.

Für uns als SPÖ in Oberösterreich ist klar, dass die genannten Herausforderungen zu keinen Verschlechterungen in der Arbeitswelt führen dürfen. Wir wollen sichere und gute Arbeitsplätze, die mit Zuversicht in die Zukunft blicken lassen und gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Wir wollen Arbeitsplätze, die mit anderen Lebensbereichen gut vereinbar sind und eine anständige und existenzsichernde Entlohnung garantieren.

WIR SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE.

Derzeit sind viele Menschen arbeitslos und finden keinen neuen Arbeitsplatz. Gleichzeitig möchten viele Menschen gerne die Arbeitszeit reduzieren, was jedoch oft nicht möglich ist. **Wir als SPÖ in Oberösterreich sind überzeugt, dass die 40-Stunden-Woche der Vergangenheit angehören muss:** Es gilt, die Arbeitszeit zu verkürzen, neu zu verteilen und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der alle arbeitslosen Menschen die Garantie haben, dass es einen sinnstiftenden Arbeitsplatz für sie gibt und dass neben der Arbeit genug Zeit für Familie und Freundschaften bleibt.

Deshalb fordern wir:

- Eine Arbeitswelt, die sich an den Menschen und deren Bedürfnissen orientiert. Dazu brauchen wir Modelle zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um Arbeit fair zu teilen.
- Das Recht auf Arbeit durch eine Beschäftigungsgarantie. Als ersten Schritt die Umsetzung der Aktion 40.000, um älteren und langzeitarbeitslosen Menschen eine Perspektive zu geben. Der weitere Ausbau in den Folgejahren sichert für alle, die keinen Arbeitsplatz finden, einen sinnstiftenden Arbeitsplatz mit mindestens 1.700 Euro brutto.
- Beteiligung des Landes an oberösterreichischen Betrieben, die durch die Pandemie in finanzielle Not geraten sind, analog zum Wiener Modell.
- Die Schaffung eines berufsbegleitenden, niederschweligen Qualifizierungsangebotes (z.B. für Hilfskräfte in Kinderbildungseinrichtungen), einschließlich der Absicherung des Einkommens für die Ausbildungswilligen durch das Land und ggf. auch mit Unterstützung des Bundes.
- Ein echtes Corona-Konjunkturpaket für Oberösterreich mit dringend notwendigen Investitionen in Pflege, Kinderbetreuung, Wohnbau; thermische Sanierung rasch umsetzen und dafür 648 Millionen in die Zukunft investieren. Diese Maßnahmen schaffen 12.370 Arbeitsplätze in Oberösterreich.

WIR SICHERN GUTE ARBEITSPLÄTZE.

Wer arbeiten geht, muss von seinem Gehalt leben können! Das ist derzeit jedoch nicht immer der Fall: Viele Menschen sind von Armut betroffen, da sie keine existenzsichernden Löhne verdienen. Hier geht es auch um Arbeitsbedingungen, die krank machen, vor allem in jenen Bereichen, wo kollektivvertragliche und arbeitsrechtliche Standards nicht gelten! Wir fordern daher existenzsichernde Löhne sowie Arbeitsbedingungen nach den geltenden rechtlichen Standards für alle Beschäftigten.

Deshalb fordern wir:

- Mindestens 1.700 Euro brutto pro Monat und 14 mal im Jahr sowie Strafen bei Entlohnung unter dem Kollektivvertrag.
- Strafen für Unternehmen bei Unterentlohnung.
- Effektivere Einkommensberichte, um Lohnungleichheit zu verhindern und die Lohnschere zwischen den Geschlechtern zu schließen.
- Die sechste Urlaubswoche für alle!
- Gesetzliche Beschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen (max. 10 Prozent Leiharbeiter*innen pro Beschäftigungsbetrieb) sowie eine Übernahmeverpflichtung in die Stammbesellschaft nach 12 Monaten beim gleichen Arbeitgeber.
- Überstundenabgabe für Unternehmen in der Höhe von einem Euro je Überstunde.
- Vollständige Rücknahme der 2018 beschlossenen Novelle zum Arbeitszeit- und Arbeitsruhegesetz (12-Stunden-Tag).
- Sofortige Wiedereinführung der abschlagfreien Langzeitversichertenpension.
- Hacklerregelung – 45 Jahre sind genug!
- Eine Altersteilzeit neu, die den Antritt schon 10 statt der bisherigen 5 Jahre vor dem Regelpensionsalter ermöglicht.
- Zugang zur Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension statt der durch Schikanen geprägten gültigen Regelung.
- Verbot von ausbeuterischen Werkverträgen, die keine zumindest kollektivvertraglichen Einkommen inklusive Sonderzahlungen garantieren, wie z.B. im Zustellgewerbe.

WIR SCHAFFEN PERSPEKTIVEN FÜR JUNGE MENSCHEN.

Junge Menschen sind unsere Zukunft! Das duale Ausbildungssystem ist im internationalen Vergleich einzigartig und so gelingt es uns, junge, qualifizierte Fachkräfte auszubilden. Doch braucht es mehr Sicherheit für junge Menschen, auch um einen passenden Ausbildungsplatz zu finden. Wir fordern die Garantie für junge Menschen auf einen Ausbildungsplatz, der Talente fördert und Mitbestimmung im Betrieb ermöglicht!

Deshalb fordern wir:

- Ein umfassendes Jugendrettungspaket mit einer Lehrstellengarantie für Jugendliche, ein Ausbildungsprogramm für Maturant*innen auf Arbeitsplatzsuche sowie gezielte Hilfen, um Schulabbrüche zu verhindern und eine qualitativ hochwertige Berufsinformation in den Schulen.
- Eine Beschäftigungsgarantie für Jugendliche durch Schaffung neuer Lehrstellen und Arbeitsplätze – sowohl für Lehrlinge als auch Maturant*innen mit einer Ausbildungsgarantie bis 24.
- Die massive Ausweitung von niederschweligen Ausbildungs- und Beschäftigungsformen wie Produktionsschulen und volle Auszahlung der kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigung, auch in überbetrieblichen Ausbildungen.
- Schaffung eines Lehrlings- und Ausbildungsfonds nach Vorarlberger Vorbild.
- Aufwertung der Lehre durch eine Lehrlingsentschädigung von mindestens 850 Euro im ersten Lehrjahr und die Möglichkeit für kostenfreien Förderunterricht in der Lehrausbildung.
- Die Ausdehnung der gesetzlichen Weiterverwendungszeit für Lehrlinge von 3 auf 6 Monate.
- Anstatt einer großen Lehrabschlussprüfung – Einführung von verpflichtenden Teilprüfungen bzw. Kompetenzchecks während der Lehrzeit, um festzustellen, wie weit die Kompetenzen des Lehrlings reichen und auf welche Ausbildungsinhalte noch verstärkt eingegangen werden muss. Diese Teilprüfungen (Kompetenzchecks) müssen für die Abschlussprüfung angerechnet werden.
- Die kostenfreie Meisterprüfung als Weiterqualifizierungsangebot für Fachkräfte.

- Stärkung der Betriebsrät*innen und Jugendvertrauensrät*innen, um gerade in Krisenzeiten mehr Wirtschaftsdemokratie und betriebliche Mitbestimmung bei strategischen Zukunftsentscheidungen zu garantieren.
- Rechtsanspruch für Care-Leaver (Jugendliche in der Obhut der Kinder- und Jugendhilfe ab Großjährigkeit) auf Weitergewährung der finanziellen Hilfen bis zum Ende der Berufs-, Schul- oder akademischen Ausbildung.
- Deutliche Anhebung der Entschädigung für Grundwehrdiener und Zivildienstleistenden in Anlehnung an den Mindestlohn.

WIR SCHAFFEN EINEN STARKEN WIRTSCHAFTSSTANDORT.

Wir alle profitieren von einer globalisierten und vernetzten Welt. Doch müssen wir aufpassen, dass die Spielregeln auch für alle fair sind. **Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Konzerne in Länder mit geringeren arbeitsrechtlichen und umweltrechtlichen Standards abwandern, nur um die Profite einiger weniger zu maximieren!** Für uns ist klar, dass es hier Regeln braucht, von denen Arbeitnehmer*innen und Kleinunternehmer*innen genauso profitieren wie große Konzerne. Ebenso müssen Klimaziele eingehalten werden, damit unser Planet auch für nachfolgende Generationen lebenswert bleibt!

Deshalb fordern wir:

- Soziale und ökologische Möglichkeiten des Bundesbeschaffungsgesetzes auf Landes- und Gemeindeebene umzusetzen. Das Ziel ist die Stärkung lokaler und regionaler Wertschöpfungsketten (z.B. Regionalität, Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten durch Betriebsrät*innen, Einhaltung von Umweltstandards, nachhaltige und biologische Produktion, Frauenförderung etc.). Dabei gilt es auch, öffentliche Gesellschaften und Unternehmen mit Landesbeteiligungen einzubeziehen (z.B. Energie AG, Gesundheitsholding, Krankenanstalten, Bildungseinrichtungen, Sozialhilfverbände etc.).
- Als konkreten ersten Schritt: Biologisches und regionales Essen für alle oberösterreichischen Kinderbildungseinrichtungen, Schulen, Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser und andere öffentliche Stellen.
- Aufbau einer Beratungsstelle des Landes für Gemeinden und private Unternehmen, damit diese nachhaltige und regionale Beschaffungsvorgänge umsetzen können.
- Einrichtung eines Transformationsfonds als Teil eines Green New Deals für Oberösterreich, um Betriebe in der Corona-Krise und beim Übergang zu neuen Technologien zu unterstützen und langfristig Arbeitsplätze zu sichern; sowie die Herausforderungen der Klimakrise, technologischer Neuerungen und der Corona-Krise gut zu bewältigen. Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte, die die Zukunft unserer Industrie sichern und Unterstützung bei der Umsetzung der Klimaziele bieten (zb. Breitbandausbau, Wasserstoffpipeline für das Linzer Industriegebiet, etc.).
- Ausbildungsfonds: Solidarität auch unter Arbeitgeber*innen: Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbilden, obwohl sie die Möglichkeit dazu hätten, sollen in einen Ausbildungsfonds einzahlen.

- Die Förderung von Reparaturen durch regionale und lokale Handwerksbetriebe, um Arbeitsplätze zu sichern. Konkret soll die Förderhöhe 25 % der Kosten betragen, maximal auf 5.000 Euro pro Jahr begrenzt.
- Schnellstmögliche Maßnahmen zur finanziellen und sozialen Absicherung von Ein-Personen-Unternehmen und Kleinunternehmer*innen sowie ein Förderprogramm für Digitalisierungs- und Ökologierungsmaßnahmen in den Ein-Personen-Unternehmen sowie Klein- und Mittelunternehmen.
- Das Innovations- und Wachstumsprogramm des Landes auf alle Sparten ausweiten.
- Ausdehnung der Förderungsperiode der Digitalisierungsförderung auf 4 Jahre.
- Eine Offensive zur Insolvenzvermeidung des Landes Oberösterreich, die für den Ausbau von Förderungen wie Insolvenzberatung, Vorschüssen und Beteiligungen sorgt.
- Einen „Oberösterreich-Plan“ für die Menschen:
 - o Einen detaillierten Investitionsplan zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, die Verwendung eines Großteils der vorgesehenen Mittel in der Höhe von 1,2 Milliarden in den Jahren 2021 und 2022.
 - o Die Verwendung von 100 Millionen zusätzlich für Schulsanierungen.
 - o 20 Millionen für die Grundausstattung aller Schulkinder ab der 3. Schulstufe sowie deren Pädagog*innen mit Laptops und der entsprechenden Software.
 - o 25 Millionen Euro für die Aktion 40.000.
 - o Zusätzlich 50 Millionen Euro jährlich für den gemeinnützigen Mietwohnbau zur Verfügung zu stellen.
- Die Einführung von Vermögenssteuern und eine Besteuerung großer Erbschaften.
- Verknüpfung der oberösterreichischen Wirtschaftsförderungen mit Maßnahmen, die die sozial-ökologische Transformation unterstützen.

WIR GARANTIEREN SOZIALE ABSICHERUNG.

Nicht immer ist es möglich, 100 Prozent für die Arbeit zu geben. Krankheiten, Schicksalsschläge, aber auch Veränderungen in der Arbeitswelt können zu Arbeitslosigkeit führen. Doch hat jeder Mensch das Recht auf soziale Absicherung. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der wir aufeinander schauen, uns gegenseitig stärken und uns den Arm reichen, wenn es jemandem schlecht geht. Wir sind überzeugt, dass wir es uns leisten können, andere Menschen zu unterstützen und ihnen eine zweite Chance zu geben.

Deshalb fordern wir:

- Dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 70 Prozent des Durchschnittsverdienstes des letzten Jahres.
- Rechtsanspruch auf eine zweite Ausbildung für Erwachsene durch berufliche Neuorientierung in Form eines existenzsichernden „Qualifizierungsgeldes neu“ in der Höhe von 80 % des Letztverdienstes, damit der Lebensunterhalt während einer Aus- oder Weiterbildung gesichert ist.
- Kinderarmut beseitigen: Durch die Einführung einer Kindergrundsicherung nach dem Modell der Volkshilfe, denn kein Kind soll ungleich behandelt werden.
- Neue Sozialhilfe für Oberösterreich: Die Sozialhilfe muss zum Instrument der effektiven Armutsvermeidung werden und die zahlreichen Diskriminierungen im Gesetz müssen korrigiert werden.
- Rechtsanspruch auf Aus- und Weiterbildung sowie Hilfe zur Arbeit für Bezieher*innen der Sozialhilfe, um eine schnellere Wiedereingliederung in das Erwerbsleben zu gewährleisten.





IN
BILDUNG
INVESTIEREN,
NICHT IN REICHE.

UNSER REGIERUNGSPROGRAMM FÜR OBERÖSTERREICH.

Wir möchten in einer Gesellschaft leben, in der allen Kindern alle Türen offen stehen und sich jedes Kind frei nach den eigenen Talenten und Interessen entfalten kann, unabhängig vom Einkommen und der Förderung der Eltern! Dafür braucht es ausfinanzierte, moderne Bildungseinrichtungen und Ganztagschulen, die Talente entsprechend fördern sowie kritisches und eigenständiges Denken lehren!

In Österreich wird Bildung nach wie vor vererbt. Der Bildungsweg der Eltern bestimmt den Bildungsweg der Kinder. Wir sind jedoch überzeugt, dass jedes Kind die gleichen Chancen und Möglichkeiten verdient – egal ob es reiche oder arme Eltern hat!



JEDES KIND VERDIENT EINE GLÜCKLICHE KINDHEIT.

Was den Ausbau von flächendeckendem Kinderbildungsangebot (Krabbelstuben, Kindergärten, etc.) angeht, ist Oberösterreich im Bundesländervergleich an letzter Stelle. **Das wirkt sich negativ auf die Chancengleichheit von Kindern aus, denn nicht alle Eltern haben die gleichen Möglichkeiten und Ressourcen, ihre Kinder bestmöglich zu fördern.** Für uns ist jedoch klar, dass kein Kind zurückgelassen werden darf. Unsere Kinder von heute sind unsere Zukunft! Deshalb fordern wir den Rechtsanspruch auf einen Platz in einer kostenlosen, ganztägigen Kinderbildungseinrichtung für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr in ganz Oberösterreich. Denn jedes Kind verdient die besten Möglichkeiten, die eigenen Talente zu entfalten!

Deshalb fordern wir:

- Es braucht kostenlose Kinderbildungsangebote. Schluss mit den Gebühren für Kindergärten, Krabbelstuben, Nachmittagsbetreuungen und Horten in ganz Oberösterreich.
- Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Platz in einer Kinderbildungseinrichtung ab dem 1. Lebensjahr.
- Ausbau des Kinderbildungsangebotes bis zum 6. Lebensjahr: Mehr ganztägige, ganztägige und kostenlose Einrichtungen entsprechend den EU-Barcelona-Zielen und den Kriterien für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (VIF). Dazu braucht es öffentliche Investitionen des Landes in bauliche Maßnahmen von ca. 150 Millionen Euro, um 18.500 neue Kinderbildungsplätze für die rund 35.000 Kinder zu schaffen.
- Mehr Fachkräfte im vorschulischen Bereich, kleinere Gruppen und mehr Personal.
- Ausbau der Sprachförderung und der Mehrsprachigkeit im Kindergarten.
- Mobile Kinderbetreuung für erkrankte Kinder zuhause.
- Krisensichere und pandemiefeste Kinderbildungseinrichtungen: Unsere Bildungseinrichtungen müssen krisenfest sein! Es darf nicht sein, dass Bildungseinrichtungen geschlossen werden und Familien (insbesondere Frauen) diese Arbeit unbezahlt verrichten müssen.
- Ein österreichweites, modernes und einheitliches Jugendschutzgesetz, das auch die Online-Welt miteinbezieht.
- Ausbau der Angebote der Kinder- und Jugendanwaltschaft zur Mobbing- und Gewaltprävention sowie Prävention von sexualisierter Gewalt oder Cybermobbing.

WIR SCHAFFEN SCHULEN, DIE TALENTE FÖRDERN.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Voraussetzungen für gutes Lernen in Österreich sehr unterschiedlich sind: Manche Kinder werden vom Elternhaus besser unterstützt als andere, manche Kinder haben ein eigenes Lern- und Spielzimmer, andere haben nicht einmal einen Schreibtisch. **Als SPÖ in Oberösterreich dürfen wir nicht akzeptieren, dass Kinder zurückgelassen werden.** Die Weichen für die Zukunft werden bereits im Kindesalter gestellt, daher fordern wir die gleiche Bildung für alle Kinder – egal wie reich die Eltern sind. Wir fordern eine gemeinsame Ganztagschule, die alle Kinder beim Lernen unterstützt und mit warmen Speisen versorgt! Nur so kann echte Chancengleichheit garantiert werden.

Deshalb fordern wir:

- Umsetzung des Chancen-Index für eine gerechte Mittelverteilung unter den Schulstandorten. Das schafft gerechte Bildungschancen für alle Kinder.
- Mehr Chancengerechtigkeit durch Schaffung eines qualitätvollen gemeinsamen, ganztägigen Schulcampus, wo Volksschule und Unterstufe an einem Ort vereint sind, für alle Schulen mit mehr als einer Klasse pro Schulstufe.
- Wir wollen die kostenlose und im besten Fall verschränkte Ganztageschule für alle Schüler*innen in Oberösterreich
- Rechtsanspruch für Eltern, ihr Kind wohnortnahe in einem Schulcampus (wie oben beschrieben) unterbringen zu können.
- Die modulare Oberstufe, um eine selbständige Gestaltung des Stundenplans zu ermöglichen sowie die Möglichkeit einzelne Fächer zu wiederholen (statt des ganzen Schuljahres).
- Die Digitalisierung aller Schulen und Bildungseinrichtungen: Ausstattung mit WLAN und Smart Boards in allen Klassenzimmern in ganz Oberösterreich.
- Kostenlose Laptops inklusive der entsprechenden Software für alle Schüler*innen ab der 3. Schulstufe sowie Pädagog*innen in ganz Oberösterreich und die Möglichkeit zur Kostenrückerstattung von bereits gekauften Endgeräten.
- Sanierung der Schulgebäude und Sportanlagen, damit alle Kinder unter besten Bedingungen lernen können – und als Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

- Ausbau der Schulsozialarbeit in Oberösterreich und flächendeckendes Angebot einer früh ansetzenden Kindergartensozialarbeit; Einrichtung externer Meldestellen für rassistische Diskriminierung an Schulen.
- Ausbau von Schulpsycholog*innen- und Supportpersonal sowie die Sensibilisierung des Lehrpersonals im Umgang mit Schüler*innen und psychischen Erkrankungen.
- Weiterführung des oberösterreichischen Bildungsberichts zur Sammlung wichtiger Informationen und für mehr Transparenz für die Öffentlichkeit.
- Blinde Flecken im Lehrplan ausleuchten. Wie zum Beispiel: Die Einführung des Pflichtfaches „Politische Bildung“ inklusive Medienbildung ab der sechsten Schulstufe für alle Schultypen, verbindliche geschichtliche Aufarbeitung von Rassismus und Kolonialismus im Geschichtsunterricht. Vermehrte und intensive Schul-Workshops zum Thema Sexualität von externen Expert*innen sowie die Wiedereinführung des in Oberösterreich abgeschafften Lovetour-Busses. Schluss mit den separierenden Deutschklassen. Ausweitung der Schnuppertage in den Polytechnischen Schulen sowie in der 8. und 9. Schulstufe.
- Gendersensible Bildungsarbeit in Bildungseinrichtungen, um geschlechterspezifische Stereotype nachhaltig abzubauen.
- Die Anpassung der Schulbeihilfe an die Inflation sowie die Lockerung der Anspruchskriterien. Und mehrsprachige Antragsformulare für alle Bereiche des Bildungswesens.
- Kostenlose Schüler*innenfreifahrt und kostenlose Verpflegung in den Schulen.
- Kostenlose Grippeimpfung für alle Schüler*innen und Lehrpersonen.
- Überarbeitung des Unterrichtsstoffs und Anpassung an die neuen Anforderungen in Arbeits- und Lebenswelten.
- Mitbestimmung und Demokratisierung in der Schule durch ein Wahlrecht für alle Schüler*innen bei den Landes- und Bundesschüler*innenvertretungswahlen.

LEBENSLANGES LERNEN.

Bildung ist die beste Schutzimpfung gegen Arbeitslosigkeit und muss daher auch für alle zugänglich sein. Doch manchmal braucht Bildung eine Auffrischung. Das heißt für uns, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, eine zusätzliche Aus- oder Weiterbildung zu absolvieren! Dafür braucht es einen freien und offenen Zugang zu Bildungseinrichtungen, ohne Aufnahmetests und Gebühren, genauso wie ausreichende finanzielle Unterstützung während des Bildungsweges.

Deshalb fordern wir:

- Rechtsanspruch auf eine zweite Ausbildung für Erwachsene durch berufliche Neuorientierung in Form eines existenzsichernden „Qualifizierungsgeldes neu“ in der Höhe von 80 % des Letztverdienstes, damit der Lebensunterhalt während einer Aus- oder Weiterbildung gesichert ist.
- Die staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen mit 2 % des BIP.
- Reform der Studienbeihilfen: Anhebung auf ein existenzsicherndes Niveau, Abschaffung der Altersgrenzen sowie Ausweitung der Toleranzsemester für den Beihilfenbezug sowie die automatische Direktzahlung der Familienbeihilfe an über 18-Jährige in Ausbildung.
- Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Unterhaltsfragen.
- Abschaffung der Zugangsbeschränkungen und der Studiengebühren, insbesondere für erwerbstätige Studierende und an den Fachhochschulen.
- Die für Oberösterreich geplante TU soll die großen Zukunftsfragen Digitalisierung und Technologien für die Bewältigung der Klimakrise zum Schwerpunkt haben.

SO GEHT BILDUNG:

„LERNEN =
LEBENS-
LANG!“



GESUN



**UND HEIT
ST ALLES.**

UNSER REGIERUNGSPROGRAMM FÜR OBERÖSTERREICH.

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig Gesundheit ist und wie sehr ein Virus unser gewohntes Leben einschränken kann. Doch wir in Österreich haben Glück, denn wir haben ein sehr gut ausgebautes und finanziertes Gesundheitssystem – dessen sollten wir uns bewusst sein und darauf können wir auch stolz sein!

Für uns als SPÖ in Oberösterreich ist daher klar, dass es in den kommenden Jahren keine Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem geben darf! Wir sind uns auch bewusst, dass Gesundheit von vielen verschiedenen Faktoren abhängt und dass wir nicht dann erst handeln dürfen, wenn uns keine andere Alternative mehr bleibt. Wir fordern daher den Ausbau sowie die Finanzierung von präventiven Gesundheitstherapien, die Sicherstellung von flächendeckender Gesundheitsversorgung durch den Ausbau von regionalen Gesundheitszentren sowie die sofortige Wiederherstellung repräsentativer Mehrheitsverhältnisse in der österreichischen Gesundheitskasse!



PRÄVENTION IST DIE BESTE VORSORGE.

Die konsequente und regelmäßige Vorsorge und Prävention ist die beste Begleitung für ein gesundes Leben. Das hilft allen Menschen, die einfach und unkompliziert kleine Probleme abklären und behandeln lassen können, bevor sie zu großen Schwierigkeiten werden. Um Prävention in Oberösterreich breit zu verankern und umzusetzen, braucht es den Ausbau des Angebots und eine Ausweitung der Kostenübernahmen. Gesundheit darf kein Luxus sein.

Deshalb fordern wir:

- Den Ausbau der psychosozialen Beratungsstellen, die durch das Land Oberösterreich finanziert werden.
- Den Ausbau von krankenkassenfinanzierten Psychotherapieplätzen mit speziellem Fokus auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.
- Die volle Kostenübernahme von gesundheitsfördernden Therapien, bspw. Physiotherapien.

WIR GARANTIEREN DIE BESTE VERSORGUNG FÜR KRANKE MENSCHEN.

Egal ob in der Stadt oder am Land – wer krank ist, verdient die beste Versorgung! Dafür brauchen wir den flächendeckenden Ausbau von regionalen Gesundheitszentren mit zentralen Gesundheitsberufen in ganz Oberösterreich. Durch die fächerübergreifende Zusammenarbeit bekommt jede Person die notwendige Behandlung, die sie braucht. Spitäler können so entlastet werden, da vieles in regionalen Gesundheitszentren als erste Anlaufstelle behandelt werden kann. So gelingt es uns auch, dass all jene, die eine Behandlung im Krankenhaus benötigen, diese auch zeitnahe und ohne lange Wartezeiten bekommen. **Für uns als SPÖ in Oberösterreich ist auch klar, dass alle Menschen das Recht auf Gesundheit haben.** Das ist derzeit jedoch nicht der Fall: Selbständige und kleine Unternehmer*innen sind derzeit deutlich schlechter gestellt. Das wollen wir nicht länger hinnehmen!

Deshalb fordern wir:

- Versorgungssicherheit in allen Regionen durch:
 - o Ein*e Hausärzt*in (Vertragsarzt für Allgemeinmedizin) je 1.000 Einwohner*innen.
 - o Ein regionales Gesundheitszentrum je 10.000 Einwohner*innen mit allen Angeboten der verschiedenen Gesundheitsdienstleister*innen ((Physio-)Therapeut*innen, Geburtshelfer*innen, Diätassistent*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen usw.); bessere Vernetzung und Zusammenarbeit untereinander sowie kund*innenorientierte Öffnungszeiten (gesetzlich vorgeschriebene Erreichbarkeit von 24 Stunden am Tag, das ganze Jahr über).
 - o Ein Schwerpunktkrankenhaus in jedem Bezirk.
- Den Ausbau der Gesundheitshotline und der E-Medikation.
- Den Ausbau der Telemedizin: Schaffung der Voraussetzungen, dass regionale Gesundheitszentren mittels telemedizinischer Einrichtungen auf die Leistungen der Spitzenmedizin in den Schwerpunktkrankenhäusern zugreifen können.
- Die Streichung aller Selbstbehalte.
- Eine Leistungsharmonisierung bei der Sozialversicherung der Selbständigen (SVS) für eine bessere soziale Absicherung von Selbständigen und Ein-Personen-Unternehmen durch die Abschaffung des 20-prozentigen Selbstbehaltes bei Arztbesuchen und die Einführung von Krankengeld und Betriebshilfe für Ein-Personen-Unternehmen sowie Anspruch auf Mutterschutz und auf Wochengeld.
- Eine flächendeckende Nahversorgung mit Medikamenten in ganz Oberösterreich.

- Entlastung des Gesundheitspersonals durch ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen und damit die Verkürzung von Terminwartezeiten.
- Die Umsetzung des Aktionsplans Frauengesundheit.
- Anti-Corona-Servicezentren in jedem Bezirk, die eine Testmöglichkeit, Impfmöglichkeit sowie Informationsmöglichkeit bieten.

ES GEHT UMS PRINZIP: SOLIDARISCHE KRANKENVERSICHERUNG UND GESUNDHEITSVORSORGE.

Die österreichische Gebietskrankenkasse wurde von arbeitenden Menschen im Bergbau gegründet, um sich gemeinsam gegen Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz zu schützen. Arbeitnehmer*innen waren deshalb immer in den relevanten Gremien vertreten, um bei zentralen Fragen mitbestimmen zu können. Das hat sich durch die Krankenkassenreform von Türkis-Blau im Jahr 2018 jedoch verändert und die Mehrheitsverhältnisse repräsentieren die Versicherten nicht mehr. **Als SPÖ in Oberösterreich können wir diese Machtverschiebung nicht hinnehmen!** Die Gebietskrankenkasse wurde von arbeitenden Menschen für arbeitende Menschen gegründet und diese sollen auch entsprechend in den Entscheidungsprozess eingebunden werden!

Deshalb fordern wir:

- Zusätzliche Investitionen in die oberösterreichische Gesundheitsinfrastruktur in Höhe der 250 Millionen Rücklagen der früheren oberösterreichischen Gebietskrankenkasse aus dem Topf der österreichischen Gesundheitskasse zur Finanzierung der vorher angeführten innovativen Projekte und Versorgungseinrichtungen für Oberösterreich.
- Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in den Entscheidungsgremien der österreichischen Gesundheitskasse wie bisher durch Besetzung nach dem Ergebnis der Wahlen zu den Interessensvertretungen der Versicherten unter Einbeziehung von Pensionist*innen.
- Einen Risikoausgleich zwischen den noch bestehenden Krankenkassen und Krankenfürsorge-Anstalten und die Leistungsharmonisierung nach oben für alle Versicherten.



LIE

UN



**PFLEGE
BRAUCHT
EBE, ZEIT
ND GELD.**

UNSER REGIERUNGSPROGRAMM FÜR OBERÖSTERREICH.



Den Ruhestand nach einem Leben voller Arbeit in Würde zu verbringen, muss für jeden Menschen möglich sein. Dafür steht die SPÖ in Oberösterreich. Die Pflege unserer älteren Mitmenschen braucht viel Liebe, Zeit und Geld. Deswegen ist für uns klar: Pflegekräfte müssen so gut wie möglich unterstützt werden, um ihre wichtige Arbeit unter den besten Bedingungen machen zu können. Damit wird auch ein angemessener Lebensabend möglich, in dem die Erfordernisse des Alters nicht die Schönheit des Lebens überdecken.

WIR GARANTIEREN EIN ALTERN IN WÜRDE.

Die älteren Menschen haben unsere Anerkennung verdient, die Sozialdemokratie will ihr Leben so angenehm wie möglich gestalten. Dabei stehen wir für einen Ausbau von der Alten- und Pflegeheime ebenso wie für eine Individualisierung der Betreuungsangebote durch flexible und mobile Angebote. **Die Sozialdemokratie wird in Oberösterreich die beste Versorgung bereitstellen, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und unter fairen Bedingungen stattfindet.**

Deshalb fordern wir:

- Vereinfachung der Abläufe und Verwaltungsstrukturen in der Altenbetreuung und Pflege, damit bei Pflegebedarf rasch und unbürokratisch das richtige Angebot zur Verfügung gestellt wird.
- Ausbau und Individualisierung der Betreuungs- und Pflegeangebote nach dem Grundsatz „mobil vor stationär“, um den Wünschen und Bedürfnissen der wachsenden Gruppe älterer Österreicher*innen gerecht zu werden.
 - Durch den Ausbau der mobilen Pflege und der mobilen Dienstleistungsangebote (z.B. Hauskrankenpflege) in der Altenbetreuung und Pflege.
 - Einem oberösterreichweiten Angebot alternativer Wohnformen für ältere Oberösterreicher*innen mit geringen Pflegebedarfen.
 - Ausbau der Tagesbetreuungsangebote.
 - Erweiterung der Kurzzeitpflege durch spezielle Kurzzeit-Wohnmöglichkeiten in jedem Bezirk.
 - Angehörigenentlastungsdienst ausbauen und professionalisieren mit mindestens einer für Notfälle rund um die Uhr verfügbaren diplomierten Pflegekraft je Sozialberatungsstelle im Rahmen der Hauskrankenpflege.
 - Umsetzung innovativer Modelle der Tagesbegleitung auch im Privatbereich etc.
 - Errichtung eines Kurzzeitpflegeheims zur Entlastung pflegender Angehöriger.
- Spezialisierung im Ausbau der Alten- und Pflegeheime: Neue Pflegeheime speziell für Oberösterreicher*innen mit dementiellen Erkrankungen und für die Kurzzeit-Pflege nach einem Krankenhaus-Aufenthalt oder wenn die Angehörigen ausfallen.
- Finanzielle und organisatorische Unterstützung für ehrenamtliche Initiativen und von Projekten gegen Alterseinsamkeit.
- Oberösterreichisches Qualitätssiegel für die 24-Stunden-Betreuung und finanzielle Beihilfe des Landes Oberösterreich bei Inanspruchnahme einer 24-Stunden-Betreuung.

PFLEGE IST MEHR WERT!

Damit man sich bestmöglich um ältere Menschen kümmern kann, müssen die Bedingungen stimmen. Die Pflege ist der Sozialdemokratie etwas wert. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Arbeitszeitverkürzung sind dabei die wichtigsten Hebel und gewährleisten eine bessere „Work-Life-Balance“. Menschen in Pflegeausbildungen sollen finanziell abgesichert und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Sozialdemokratie steht für eine gute Pflege für alle.

Deshalb fordern wir:

- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich durch
 - o eine Arbeitszeitverkürzung.
 - o die Erhöhung des Grundgehalts.
 - o die sechste Urlaubswoche für alle.
- Die Anpassung des Pflegepersonalschlüssels (Anzahl der Pflegekräfte pro pflegebedürftiger Person) an die Veränderungen im Pflegealltag durch ein besseres Betreuungsverhältnis, insbesondere für Bewohner*innen der Pflegestufen 3 und 4.
- Einführung einer schulischen Ausbildung nach dem BHS-Modell für Gesundheits- und Sozialberufe, das mit der Qualifikation „Pflegefachassistenz“ abgeschlossen werden kann. Weiterführung von bisherigen Diplomausbildungen, die eine Karriere in der Pflege auch ohne Matura ermöglichen (DGKP für Erwachsene).
- Verbesserung der finanziellen Absicherung für Personen während der Absolvierung von Pflegeausbildungen.
- Modell der „Anstellung pflegender Angehöriger“ durch sozialversicherungspflichtige Anstellung betreuender Angehöriger realisieren sowie Schulungs-, Weiterbildungs- und Vernetzungsangebote für pflegende Angehörige ausbauen und mit einem Weiterbildungschek des Landes kostengünstiger zugänglich machen.
- Keine Privatisierung der Kranken-, Pflege- und Reha-Einrichtungen – sie sind eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand und müssen durch diese entsprechend finanziert werden.

WAS PFLEGE BRAUCHT:

LIEBE

ZEIT

GELD

GUTE

LE

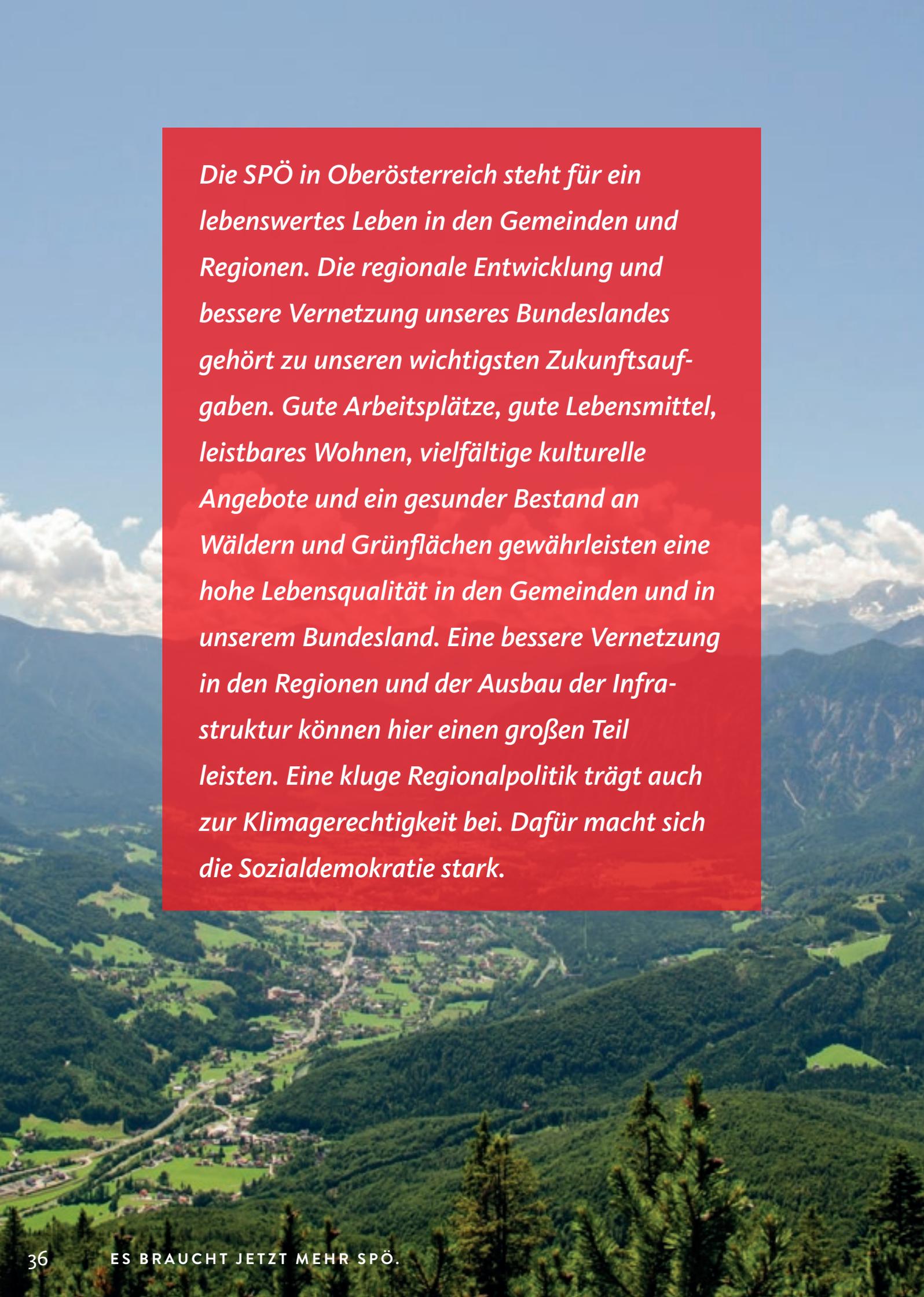
IN STAD



ES

BEN

OT UND LAND.



Die SPÖ in Oberösterreich steht für ein lebenswertes Leben in den Gemeinden und Regionen. Die regionale Entwicklung und bessere Vernetzung unseres Bundeslandes gehört zu unseren wichtigsten Zukunftsaufgaben. Gute Arbeitsplätze, gute Lebensmittel, leistbares Wohnen, vielfältige kulturelle Angebote und ein gesunder Bestand an Wäldern und Grünflächen gewährleisten eine hohe Lebensqualität in den Gemeinden und in unserem Bundesland. Eine bessere Vernetzung in den Regionen und der Ausbau der Infrastruktur können hier einen großen Teil leisten. Eine kluge Regionalpolitik trägt auch zur Klimagerechtigkeit bei. Dafür macht sich die Sozialdemokratie stark.

WIR GARANTIEREN LEISTBAREN WOHNRAUM FÜR ALLE.

Leistbares Wohnen ist ein Kernthema der Sozialdemokratie. Jeder soll gut wohnen können und sich das auch leisten können. Aktuell laufen aber die Mieten den Löhnen davon. Dieser Entwicklung setzt die Sozialdemokratie eine Wohnbauoffensive entgegen. **Oberösterreich soll ein Land für alle Menschen bleiben, nicht nur für die, die ohnehin mehr als genug haben. Günstiger Wohnraum ist ein wichtiger Schlüssel dazu.**

Deshalb fordern wir:

- „Leistbares Wohnen“ als öffentliches Interesse in der oberösterreichischen Landesverfassung verankern.
- Die Ausdehnung der Mindestdauer befristeter Mietverträge von drei auf fünf Jahre mit der Anhebung der Abschläge für Befristungen auf 30 %. Und ein faires Universalmietrecht, das den Mieter*innen Sicherheit gibt sowie alle Mietwohnungen am privaten Wohnungsmarkt erfasst.
- Eine Mietpreisbremse, um das ständige Davonlaufen der Mietpreise gegenüber der allgemeinen Teuerung und der Löhne zu beenden sowie die Umsetzung des öffentlichen Mietpreisradars, um den Mietenwucher zu unterbinden.
- Eine verbesserte Wohnbeihilfe, die nicht diskriminiert und jene unterstützt, die die Hilfe am notwendigsten brauchen. Dazu gehört auch die Valorisierung der Wohnbeihilfe mit der Abschaffung der 7-Euro-Grenze für die Wohnbeihilfe und die Bindung an den Marktdurchschnitt.
- Ausbau der Wohnbauförderung als Garant für leistbares Wohnen: Dabei ist die Zweckbindung der Wohnbaurdarlehen ein Muss! Dazu als erster Schritt öffentliche Investitionen von rund 80 Millionen Euro, um die Wohnbauförderung zumindest auf das bisherige Höchst-Niveau von 390 Millionen Euro anzuheben sowie eine Anhebung der Sanierungsförderung auf 170 Millionen Euro pro Jahr.
- Deutschkenntnisse als Pflicht für Genossenschafts- und Gemeindewohnungen abschaffen.
- Die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes bei der Wohnungsvergabe auf Landesebene (Levelling Up).
- Leistbare Wohnungen für junge Menschen in allen oberösterreichischen Gemeinden.

- Altersgerechtes Wohnen und alternative Wohnformen für Senior*innen forcieren.
- Einen Fixanteil leistbarer Wohnungen bei Neubauprojekten von privaten Bauträgern.
- Einrichtung einer Leerstandsdatenbank und Einführung einer Leerstandsabgabe.
- Makler*innengebühren zukünftig von Vermieter*innen einheben (Bestellerprinzip).

UNKOMPLIZIERT VON A NACH B.

Die SPÖ in Oberösterreich setzt sich für die Trendwende im Verkehr als einen ganz zentralen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel ein. Das wollen wir mit einem massiven Ausbau von Kapazitäten der öffentlichen Infrastruktur bewerkstelligen. Ein gut funktionierender und höher getakteter öffentlicher Verkehr vernetzt aber auch die Regionen besser miteinander und bringt die Menschen unseres Bundeslandes zusammen. Er gewährleistet Bewegungsfreiheit und Teilhabe für alle.

Deshalb fordern wir:

- Eine Trendwende im Verkehr durch die Elektrifizierung und den Ausbau aller Nebenbahnen und S-Bahnen in Oberösterreich: Bis 2025 senken wir den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf 60 Prozent.
- Eine schnellstmögliche Umsetzung der angekündigten Projekte Durchbindung der Mühlkreisbahn und Einbindung in das S-Bahn-Netz, Errichtung der S-Bahn nach Gallneukirchen und Pregarten sowie die Verlängerung der Straßenbahn aus Linz nach Ansfelden/Kremsdorf.
- Den Halbstunden-Takt von Bus und 15-Minuten-Takt auf der S-Bahn zwischen 5 und 24 Uhr: Jede Gemeinde in Oberösterreich benötigt mindestens 64 ein- und ausfahrende Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr über den Tag verteilt.
- Mehr Bewegungsfreiheit: Ausbau der Verbindungen von Landgemeinden in die regionalen Zentren (Bezirksstädte), auch durch Mikro-ÖV-Lösungen, und Einrichtung eines landesweiten Nachtlinien-Netzes (vor allem in ländlichen Regionen).
- Ausbau des Radwegnetzes überregional sowie in den Städten und Gemeinden.
- Aufbau eines flächendeckenden öffentlichen E-Tankstellennetzes mit einheitlichen Tarifen zur Attraktivierung der E-Mobilität.
- Ausbau von Car-Sharing-Modellen für ganz Oberösterreich.
- Keine weitere Privatisierung von öffentlicher Mobilität und Infrastruktur.
- Von der Straße auf die Schiene: Einführung einer LKW-Steuer und Anreize für mehr Güterverkehr auf der Schiene.

LEBENSQUALITÄT VOR ORT: ORTSKERN- BELEBUNG & FREIZEITANGEBOT.

Für die SPÖ in Oberösterreich gehört zum guten Leben eine regionale Entwicklung, die hohe Lebensqualität in den Gemeinden ermöglicht und die Regionen gut miteinander vernetzt. **Besonders den Flächenfraß außerhalb der Ortskerne wollen wir stoppen, um die hohe Qualität der Naherholungsgebiete zu sichern.** Der bestehende Leerstand in den Gemeinden soll für Wohnraum, aber auch für innovative Projekte oder Kulturinitiativen nutzbar gemacht werden. Gezielte grüne Investitionen helfen, unsere Lebens- und Kulturräume energieeffizient zu machen. So beleben wir Ortskerne und stärken das Zusammenleben in der Gemeinde. Dazu gehört auch Respekt und Anerkennung für die viele ehrenamtliche Arbeit, die in den oberösterreichischen Vereinen sowie Blaulicht- und Hilfsorganisationen geleistet wird. Die Sozialdemokratie schafft Orte des Zusammenkommens.

Deshalb fordern wir:

- Erarbeitung regional differenzierter Strategien für die Attraktivierung ländlicher Regionen durch Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie übergreifenden Verwaltungskooperationen zur Raumplanung mit dem Ziel den Flächenverbrauch einzuschränken.
- Allgemein gültige und verpflichtende Regelungen für Baulandsicherungen und Optionsverträge bei Baulandwidmungen.
- Förderung von innovativen Initiativen zur Ortskernentwicklung und integrativer Prozesse zwischen Verwaltung, Eigentümer*innen, Gewerbetreibenden und Bewohner*innen.
- Arbeiten vor Ort: Co-Working-Spaces in allen Bezirkshauptstädten in der Nähe von öffentlicher Verkehrsinfrastruktur (Bus, Bahn, Radweg).
- Steuerliche Anreize sowie Förderungen für Revitalisierung alter, leerstehender Bausubstanzen anstelle von Verbauungen auf der grünen Wiese (Differenzierung bestehender Steuern, Abgaben und Gebühren auf Grund und Boden, je nach Revitalisierung oder Neubebauung).
- Errichtung von Einkaufszentren mit mehr als 600 m² soll nur noch im Ortskern möglich sein (wie es in Kärnten umgesetzt wird).
- Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zwischen- und Nachnutzung von Leerständen bzw. Branchenrecycling und Ausweitung der Fördermodelle.
- Zweitwohnsitzabgabe erhöhen.

- Ein ausreichendes Angebot für Familien durch den Ausbau von Eltern-Kind-Zentren in allen Gemeinden, mobile Animationen und Ferienangebote in den Gemeinden (bspw. „Ferien in der Gemeinde“ oder Summer Schools).
- Eine Jugendzentrumsoffensive für die Gemeinden und mehr offene, ausfinanzierte und partizipative Jugendarbeit ohne Konsumzwang.
- Erhalt und Ausbau der öffentlichen Freibäder und freier Seezugänge: Zutrittsrecht und Verbauungsverbot auf 10 Meter von jedem Seeufer sowie die Verankerung in der Landesverfassung, dass öffentliche Seezugänge unverkäuflich sind.
- Ein Budget in der Höhe von 10 Millionen Euro, um gezielt Seegrundstücke zu kaufen und in öffentliche Seezugänge zu investieren sowie ein Vorkaufsrecht für die öffentliche Hand beim Verkauf von privaten Seegrundstücken.
- Die Etablierung eines wirtschaftlich tragfähigen, naturnahen und nachhaltigen Ganzjahrestourismus gemeinsam mit Gemeinden, Tourismusverantwortlichen und Bürger*innen der Regionen, wie z.B. in der Region Pyhrn-Priel, um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen.
- Digitalisierung und Breitbandausbau im ländlichen Raum vorantreiben, um Standort- und Lebensqualität zu sichern.
- Europäische Mittel zielgerichtet für den Ausbau der ländlichen Infrastruktur und Digitalisierungsbestrebungen nutzen.
- Gutscheine für alle Oberösterreicher*innen im Wert von 1.000 Euro zur Stärkung der regionalen Wirtschaft.
- Verbot des kleinen Glücksspiels.
- Stärkung und Unterstützung von ehrenamtlichen Tätigkeiten und Vereinen. Es braucht eine gute Zusammenarbeit und Wertschätzung für Blaulichtorganisationen, Musik-, Sport- und Kulturvereine, NGOs und zivilgesellschaftliche Initiativen sowie allen ehrenamtlich Tätigen.
- Die Ausarbeitung eines Förderprogramms, um den Anteil weiblicher Funktionärinnen in Sportvereinen zu vergrößern.
- Die Umsetzung der im „Nationalen Aktionsplan Bewegung“ festgelegten Strategie zur Schaffung von ausreichenden täglichen Bewegungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen.
- Anspruch auf max. 5 Tage bezahlten Urlaub im Jahr für ehrenamtliche Tätigkeit.

GERECHTIGKEIT IST GEFRAGT: GERADE BEI DEN GEMEINDEFINANZEN!

Für die SPÖ in Oberösterreich ist die öffentliche Daseinsvorsorge eine Herzensangelegenheit. Gerade die Krise zeigt, wie wichtig die öffentliche Infrastruktur und Grundversorgung vor Ort ist. Sparmaßnahmen sind hier fehl am Platz und schwächen das Gemeinwesen. Wir bringen ein Maßnahmenpaket auf Schiene, das sich gleichermaßen um die Härtefälle als auch um die Zukunft der Gemeinden kümmert. **Denn nur durch sinnvolle Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze werden wir die Krise meistern und die Lebensqualität vor Ort erhalten können. So legen wir den Grundstein für einen guten Start aus der Coronakrise auf Gemeindeebene.**

Deshalb fordern wir:

- Die Stärkung der Gemeinden durch eine schrittweise Abschaffung der Landesumlage.
- Ein aufgabenorientierter Finanzausgleich, der geographische Lage und gemeindeübergreifende Aufgaben und Leistungen berücksichtigt.
- Die Aufstockung des Gemeindepakets des Landes um mindestens 75 Millionen Euro.
- Hilfe für Härtefälle: Differenzierte Landeszuschüsse (im Umlagenbereich) für besonders (durch COVID-Krise und Ausfall der Kommunalsteuer) betroffene Gemeinden. Um das Niveau der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Verwaltung weiter gewährleisten zu können.
- Mit lokalen Investitionen gezielt fördern und steuern: Sonderbudget für Gemeinden zur Förderung lokaler Betriebe beim ökologischen Umbau, die Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen und als unkomplizierte Hilfe in der Corona-Krise.

ES GIBT KEINEN PLANET B.

Klimagerechtigkeit ist neben der sozialen Gerechtigkeit die bestimmende Frage unserer Zeit. Oberösterreich muss sich im Kampf gegen den Klimawandel als Vorzeigeland positionieren, ist es doch der größte Verursacher von CO₂ in Österreich. Hier braucht es Mut, um neue Wege zu gehen. Erneuerbare Energie, grüne Arbeitsplätze und grüne Infrastrukturen sind ein Gebot der Stunde. Grüne Investitionen sind aber auch eine Chance: Grüne Investitionen bringen uns aus der aktuellen Krise in eine nachhaltige Zukunft und sichern unser Land und den Planeten für unsere Kinder.

Deshalb fordern wir:

- Dass wir uns mit einem Green New Deal für Oberösterreich zur Schaffung von „Green Jobs“ unter Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien aus der Krise herausinvestieren.
- Einrichtung eines Transformationsfonds als Teil eines Green New Deals für Oberösterreich, um Betriebe in der Corona-Krise und beim Übergang zu neuen Technologien zu unterstützen und langfristig Arbeitsplätze zu sichern sowie die Herausforderungen der Klimawende, technologischer Neuerungen und der Corona-Krise gut zu bewältigen. Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte, die die Zukunft unserer Industrie sichern und Unterstützung bei der Umsetzung der Klimaziele bieten (z.B. Breitbandausbau, Wasserstoffpipeline für das Linzer Industriegebiet etc.).
- Erarbeitung regional differenzierter Strategien für die Attraktivierung ländlicher Regionen durch Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie übergreifenden Verwaltungskooperationen zur Raumplanung – mit dem Ziel, den Flächenverbrauch einzuschränken.
- Steuerliche Anreize sowie Förderungen für Revitalisierung alter, leerstehender Bausubstanzen anstelle von Verbauungen auf der grünen Wiese (Differenzierung bestehender Steuern, Abgaben und Gebühren auf Grund und Boden, je nach Revitalisierung oder Neubebauung).
- Grüne Sanierungen fördern: Bestand und Leerstandsanierungen, Ausbau und Erhöhung der Förderungen für thermische Sanierungen und den Heizkesseltausch mit besonderem Augenmerk auf Erdwärme und thermische Solarenergie.
- Vollständige Kostentragung des Landes bei Leistungen der Katastrophenhilfsdienste für Gemeinden.

- Vorantreiben der Idee der Kreislaufwirtschaft für Oberösterreich. Als ersten Schritt Ausbau der Förderung von Pfandlösungen und Mehrwegverpackungen.
- Durchsetzung des Glyphosat-Verbots – verbunden mit Sanktionen bei weiterer Anwendung.
- Nachhaltige Sicherung der oberösterreichischen Trinkwasservorräte und Verbleib der Wasserversorgung und –entsorgung in öffentlichem Eigentum.
- Knüpfung von Wirtschafts- und Wissenschaftsförderungen des Landes an ökologische Nachhaltigkeitskriterien.
- Einrichtung eines grünen Mobilitätsclusters für zukunftsfitte oberösterreichische Zulieferer- und Leitbetriebe im Bereich Mobilität. Oberösterreich soll eine Vorreiterrolle übernehmen und den Landesfuhrpark auf E-Mobilität umstellen.
- Eine Trendwende im Verkehr durch die Elektrifizierung und den Ausbau aller Nebenbahnen und S-Bahnen in Oberösterreich: Bis 2025 senken wir den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf 60 Prozent.
- Ausbau des Radwegnetzes überregional sowie in den Städten und Gemeinden.
- Aufbau eines flächendeckenden öffentlichen E-Tankstellennetzes mit einheitlichen Tarifen zur Attraktivierung der E-Mobilität.
- Ausbau von Car-Sharing-Modellen für ganz Oberösterreich.
- Von der Straße auf die Schiene: Einführung einer LKW-Steuer und Anreize für mehr Güterverkehr auf der Schiene.
- Energiewende: Ausbau der Kleinwasserkraft und der Windkraft in Oberösterreich. Große Stromtrassen unterirdisch führen.
- Die Erweiterung des Nationalparks Kalkalpen. Oberösterreich hat derzeit nur 8 % Anteil Naturschutzgebiet an der Landesfläche, österreichweit liegt der Wert bei 16 %.
- Die Etablierung eines wirtschaftlich tragfähigen, naturnahen und nachhaltigen Ganzjahrestourismus gemeinsam mit Gemeinden, Tourismusverantwortlichen und Bürger*innen der Regionen, wie z.B. in der Region Pyhrn-Priel, um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen.

DAS IST GUT:

STADT

LAND

LEBEN



*Kunst nimmt einen wichtigen Platz in unserer Gesellschaft ein. Als SPÖ in Oberösterreich wollen wir ihr genug Raum geben, um sich kritisch und kreativ zu entfalten, andere Menschen zu inspirieren und so die Gesellschaft als Ganzes voranzubringen. Kunst gestaltet Städte und Regionen erst richtig lebenswert und dient dem Tourismus und der regionalen Vernetzung. Aber auch die Künstler*innen sollen von ihrer wichtigen Arbeit profitieren können.*

EIN BREITES

KULTURANGEBOT

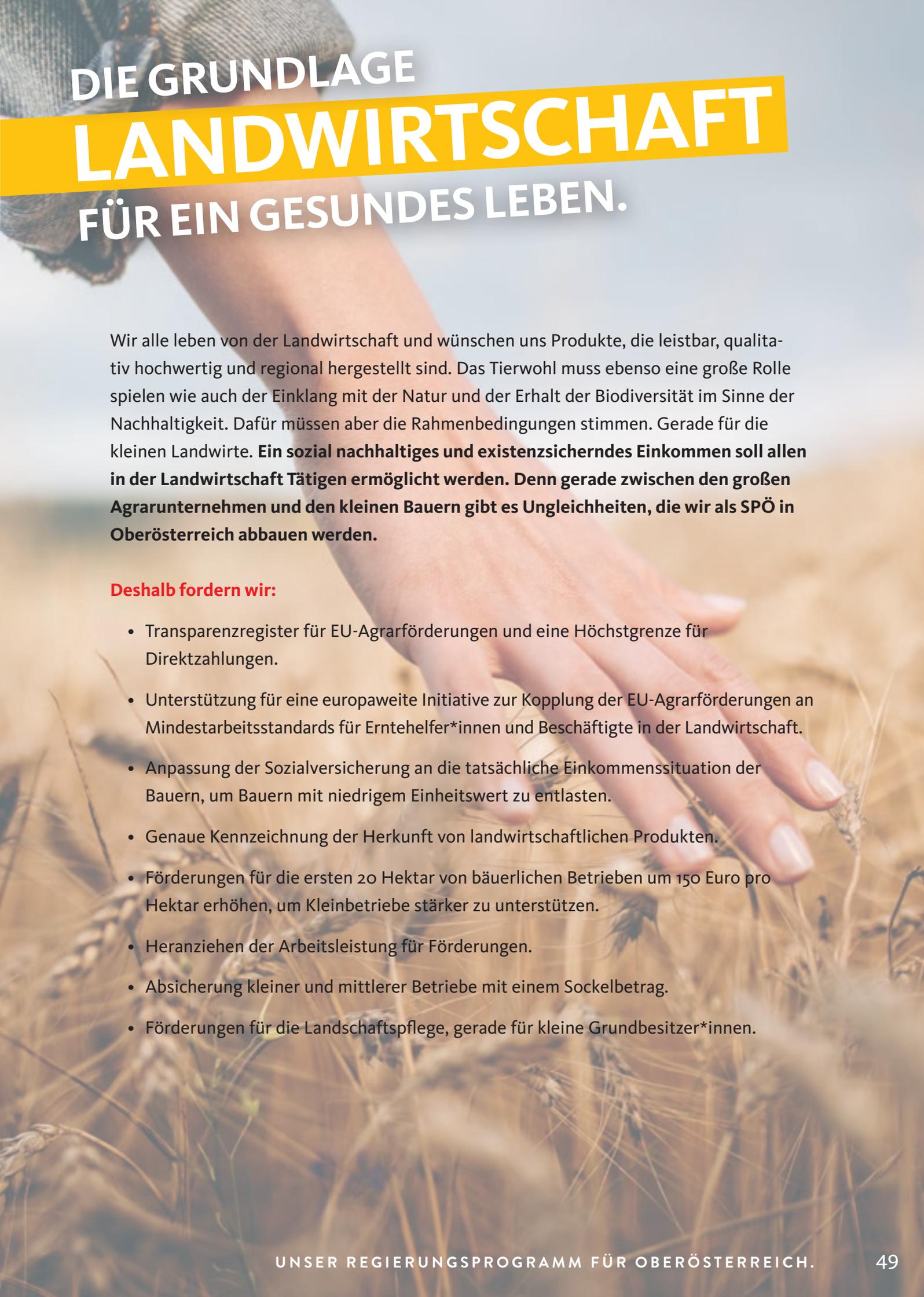
FÜR GANZ OBERÖSTERREICH.

Die Sozialdemokratie will Möglichkeiten schaffen, in dem kreative Prozesse sich Zeit und Platz nehmen und sich ohne Verwertungsdruck entfalten können. Wir fordern, dass der Beitrag von Kunst und Kultur zu einer offenen, demokratischen, kritikfähigen Gesellschaft entsprechend wertgeschätzt wird. Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen sollen gut von ihrer künstlerischen Tätigkeit leben können. Darüber hinaus ist ein inklusiver Zugang zu Kunst und Kultur Voraussetzung, um alle Menschen miteinzubeziehen und ihnen die Auseinandersetzung mit dem Erlebten zu ermöglichen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. **Dafür macht sich die Sozialdemokratie stark.**

Deshalb fordern wir:

- Sonder- und Corona-Hilfsförderungen für Einzelkünstler*innen und Vereine müssen transparent gemacht und rasch an die Antragsteller*innen ausbezahlt werden.
- Adaptierung von Förderrichtlinien an reale Arbeits- und Lebensbedingungen im Kunst- und Kulturbereich, insbesondere müssen die Richtlinien künftig weniger ergebnisorientiert, sondern prozess- und strukturorientiert gestaltet werden. Besucher*innerfahrung, nicht -zahlen sollen eine wichtige Rolle in der Bewertung spielen.
- Eine auf mehrere Jahre vorausschauende und die Auswirkungen der Krise entsprechend berücksichtigende Dotierung bzw. Erhöhung der Kulturfördermittel sowie eine dauerhafte Erhöhung des Kulturbudgets für zeitgesnössische Kunst und Kultur.
- Förderung und Unterstützung von lokalen Kulturinitiativen, freien Radios, regionalen Festivals und Veranstalter*innen, um möglichst vielen Menschen Teilnahme und Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen.
- „Fair Pay“-Richtlinien nachhaltig umsetzen, damit Kulturarbeiter*innen endlich fair bezahlt werden.
- Erhöhung der Basisfinanzierung ab 2022 auf 5 Millionen Euro, um Kulturvereinen die Entlohnung ihrer Angestellten nach den „Fair Pay“-Richtlinien möglich zu machen.
- Mindestens 40% der Fördermittel für Kunst und Kultur müssen an Frauen gehen.
- Der Zugang zu altersgerechter Teilhabe und Auseinandersetzung mit Kunst muss gewährleistet sein. Kinder und Jugendliche haben ebenso ein Recht auf Kunst und Kultur.

- Entwicklung und Umsetzung eines Arbeitsstipendiums für Künstler*innen, Kulturvermittler*innen und Kulturarbeiter*innen: Projekte mit Oberösterreichbezug sollen für max. drei Monate mit 1.000 Euro gefördert werden.
- Finanzierung fundierter Kulturpolitikforschung, um auch in der Kulturpolitik faktenbasierte Entscheidungen treffen zu können.
- Vernetzende Gesprächsformate in den Gemeinden, die für kritische und mutige Kunst- und Kulturarbeit sensibilisieren. Dies erfolgt gemeinsam mit Vertreter*innen der Interessensgemeinschaften, Gewerkschaften und Politik.
- Entwicklung von Formaten, in denen das Publikum interaktiv ins Kulturgesehen einbezogen wird.
- Erstellung eines breiten und qualitativ hochwertigen Programms, um Künstler*innen an die Schulen und die Schüler*innen ins Museum zu bringen. Übernahme von Gagen, Eintritts- und Fahrtkosten durch das Land, damit Erfahrungen mit Kunst und Kultur nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

A close-up photograph of a person's hand, wearing a denim sleeve, gently touching a stalk of golden wheat in a field. The background is a soft-focus landscape of a wheat field under a clear sky.

DIE GRUNDLAGE

LANDWIRTSCHAFT

FÜR EIN GESUNDES LEBEN.

Wir alle leben von der Landwirtschaft und wünschen uns Produkte, die leistbar, qualitativ hochwertig und regional hergestellt sind. Das Tierwohl muss ebenso eine große Rolle spielen wie auch der Einklang mit der Natur und der Erhalt der Biodiversität im Sinne der Nachhaltigkeit. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Gerade für die kleinen Landwirte. **Ein sozial nachhaltiges und existenzsicherndes Einkommen soll allen in der Landwirtschaft Tätigen ermöglicht werden. Denn gerade zwischen den großen Agrarunternehmen und den kleinen Bauern gibt es Ungleichheiten, die wir als SPÖ in Oberösterreich abbauen werden.**

Deshalb fordern wir:

- Transparenzregister für EU-Agrarförderungen und eine Höchstgrenze für Direktzahlungen.
- Unterstützung für eine europaweite Initiative zur Kopplung der EU-Agrarförderungen an Mindestarbeitsstandards für Erntehelfer*innen und Beschäftigte in der Landwirtschaft.
- Anpassung der Sozialversicherung an die tatsächliche Einkommenssituation der Bauern, um Bauern mit niedrigem Einheitswert zu entlasten.
- Genaue Kennzeichnung der Herkunft von landwirtschaftlichen Produkten.
- Förderungen für die ersten 20 Hektar von bäuerlichen Betrieben um 150 Euro pro Hektar erhöhen, um Kleinbetriebe stärker zu unterstützen.
- Heranziehen der Arbeitsleistung für Förderungen.
- Absicherung kleiner und mittlerer Betriebe mit einem Sockelbetrag.
- Förderungen für die Landschaftspflege, gerade für kleine Grundbesitzer*innen.

Der Kampf für Gerechtigkeit und Transparenz ist die Kernkompetenz der SPÖ in Oberösterreich. Die erkämpften demokratischen Rechte sind ein hohes Gut und müssen geschützt werden. Das funktioniert nur mit ausreichender Kontrolle der Mächtigen und Regierenden. Oppositionelle Minderheitenrechte müssen im Landtag ausgebaut werden; mögen es nun die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen sein oder die umfassende Akteneinsicht. Auch in den Gemeinden braucht es ein Transparenz- und Demokratiepaket, das mehr Demokratie für die Gemeindeverbände bringt und die Bürger*innen miteinbezieht. Wir stehen für ein demokratisches Oberösterreich.

Deshalb fordern wir:

- Ausbau der oppositionellen Minderheitenrechte, einen unabhängigen Budgetdienst und Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht im oberösterreichischen Landtag.
- Transparenz für mehr Demokratie: Umfassende Akteneinsicht für alle Landtagsabgeordneten, um Kontrollrechte gegenüber der Verwaltung besser nutzen zu können. Einführung eines Bürger*innenrechts auf Transparenz für die Landespolitik und ihr untergeordneten Gebietskörperschaften zur Vorbeugung von Korruption. Zum Beispiel die Veröffentlichung von Ausschussvorlagen und die Beantwortung von Abgeordnetenfragen an Regierungsmitglieder.
- Ausbau der Bürger*innenbeteiligung mit der Einsetzung von Bürger*innenräten.
- Demokratisierung der Gemeindeverbände: Die Zusammensetzung der jeweiligen Verbandsversammlungen soll künftig den Ergebnissen der aktuellen Gemeinderatswahlen entsprechen.
- Verpflichtende Senior*innen- sowie Jugendbeiräte für alle oberösterreichische Gemeinden mit paritätischer Besetzung aus den politischen Fraktionen.
- Den sozialen Dialog auf Augenhöhe stärken: Wir fordern die Einbeziehung von Arbeitnehmer*inneninteressen in alle Gremien von landesnahen Gesellschaften.



MEHR
DEMOKRATIE
FÜR OBERÖSTERREICH!



EIN SOLIDARISCHES OBERÖSTERREICH.

Die SPÖ in Oberösterreich setzt sich für ein buntes, gleiches und gerechtes Oberösterreich ein. Wir wollen Oberösterreich zur Musterregion der Gleichstellung machen und endlich für Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sorgen. Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist eine Kernforderung der Sozialdemokratie.

Oberösterreich muss auch ein sicherer, solidarischer Ort sein, wo alle gut leben können und die persönliche Entfaltung im Rahmen der Gemeinschaft aller OberösterreicherInnen an erster Stelle steht. Dazu braucht es den Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen genauso wie den Kampf um Minderheitenrechte. Zusammen schaffen wir ein solidarisches Oberösterreich!

WIR KÄMPFEN FÜR GLEICHBERECHTIGUNG.

Obwohl sich in den letzten Jahren viel in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit verbessert hat, so gibt es nach wie vor viel zu tun: Frauen bekommen immer noch nicht den gleichen Lohn wie Männer, Oberösterreich nimmt hinsichtlich Lohnungleichheit sogar den letzten Platz im Bundesländervergleich ein. Frauen übernehmen den Großteil von unbezahlter Pflege- und Erziehungsarbeit, sind häufiger von Armut betroffen und nach wie vor sind die eigenen vier Wände der gefährlichste Ort für viele Frauen. **Wir als SPÖ Oberösterreich können diese deutliche Schlechterstellung von Frauen nicht hinnehmen und fordern daher den Ausbau von Gewaltschutz- und Frauenberatungseinrichtungen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie gezielte Maßnahmen, um Armut und Arbeitslosigkeit unter Frauen zu verringern.**

Deshalb fordern wir:

- Gewalt an Frauen bekämpfen durch:
 - o Die rasche Errichtung je eines Frauenhauses im Unteren Mühlviertel und im Salzkammergut – mit bestmöglicher Erreichbarkeit und öffentlicher Anbindung.
 - o Die Schaffung von zusätzlichen Frauenberatungs- und Gewaltschutzeinrichtungen, sodass eine flächendeckende Versorgung gewährleistet ist.
 - o Gewaltschutz: Soforthilfepaket zum Schutz von Frauen und Kindern, Aufstockung und finanzielle Absicherung von Frauenberatungsstellen, bessere personelle Ausstattung.
 - o Ausarbeitung eines oberösterreichischen Aktionsplanes für Gewaltschutz und Gewaltprävention sowie Täterarbeit in Kooperation mit den oberösterreichischen Frauenhäusern, Gewaltschutzzentren und der Landespolizeidirektionen.
 - o Ausbau der Unterstützungsangebote für Frauen, die von sexueller Belästigung betroffen sind, besonders auch dort, wo das Land Oberösterreich als Arbeitgeber auftritt. Aktionsplan für Oberösterreich für frauenspezifische Maßnahmen im Bereich von Cyber-Mobbing und Hasspostings.
- Gleiche berufliche Chancen herstellen und Frauenarmut verhindern durch:
 - o Effektivere Einkommensberichte, um Lohnungleichheit zu verhindern und die Lohnschere zwischen den Geschlechtern zu schließen.
 - o Ein Einkommenstransparenzgesetz für alle oberösterreichischen Unternehmen, welches gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und eine faire Bewertung von

Arbeit ermöglicht. Das Gesetz muss die Veröffentlichung der bestehenden Einkommensberichte vorsehen, um Vergleichbarkeit der Löhne von Männern und Frauen herzustellen (wie im isländischen Modell). Das Land Oberösterreich muss dabei eine Vorreiterrolle einnehmen und einen jährlichen Einkommensbericht veröffentlichen.

- o Die Auftragsvergabe von öffentlichen Dienstleistungen ist an innerbetriebliche Gleichstellungsmaßnahmen zu koppeln. Beim Bestbieterprinzip ist der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit einzubeziehen.
- o Frauen sollen in Unternehmen gemäß dem Anteil der Frauen im Beschäftigtenstand auch in der Führung repräsentiert sein. Dies gilt auch für die Privatwirtschaft. Bei Unternehmen mit einem Anteil von mehr als 50 % Frauen ist eine Quote von 50 % zu erreichen.
- o Ausbau von Frauenarbeitsstiftungen in ganz Oberösterreich: Mindestens 50 % der Mittel aus der Corona-Arbeitsstiftung sollen Frauen zur Verfügung stehen.
- o Mehr Mittel für Frauenberatungsstellen in ganz Oberösterreich und Verknüpfung mit den AMS-Landes- und Regionalstellen für eine gezielte Hilfestellung am Arbeitsmarkt sowie einen rechtlichen Anspruch auf Beratung.
- o Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf mindestens 70 % zur dringend notwendigen Existenzsicherung von Frauen.
- o Kinderbetreuung muss kostenlos, ganztägig, ganzjährig sowie in kleineren Gruppen stattfinden und mit einem Rechtsanspruch ab dem 1. Lebensjahr versehen sein.
- o Der Ausbau des Kinderbildungsangebots und eine faire Aufteilung der Kosten zwischen Land und Gemeinden.
- o Genderbudgeting im Landeshaushalt implementieren: Die Hälfte der den Geschlechtern zuordenbaren Landesausgaben sollen Frauen erhalten. Ein Genderbudgeting-Bericht soll jährlich erstellt werden.
- o Karenzmodelle, die es insbesondere Frauen (und auch Männern) ermöglichen, Familie und politische Funktion(en) vereinbaren zu können. Politisches Engagement auf allen Ebenen (Gemeinde, Landtag, Bundes- und Nationalrat) braucht unterstützende Rahmenbedingungen.

- Frauengesundheit & reproduktive Rechte:
 - o Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Kostenübernahme durch die Sozialversicherungsträger sowie Durchführung in allen öffentlichen Krankenhäusern.
 - o Kostenlose Hygieneartikel: Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Menstruationsartikel („Tamponsteuer“) sowie kostenlose Menstruationsartikel in allen Toiletten öffentlicher Einrichtungen.
 - o Frauengesundheit: Umsetzung des bundesweiten Aktionsplans Frauengesundheit, Gendermedizin/geschlechterspezifische Medizin fördern, mehr psychologische Betreuung von Frauen und Kindern.
 - o Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln.

- Vielfalt leben durch:
 - o Die Wiedereinführung des Lovetour-Busses, um hochwertige Aufklärungsarbeit über Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten zu ermöglichen.
 - o Den Ausbau der Antidiskriminierungsstelle, um ausreichend für die Anliegen von LGBTIQ*-Personen sensibilisiert zu sein sowie die Etablierung von eigenen Ansprechpartner*innen.
 - o Schaffung eines Kompetenzzentrums für Trans-Operationen in Oberösterreich.
 - o Kunstförderungen, um speziell Künstler*innen zum Thema LGBTIQ* zu fördern.

WIR LEBEN INTERNATIONALE SOLIDARITÄT.

Freiheit und Gleichheit sind Grundsätze der Sozialdemokratie. Wir bekennen uns daher zur Genfer Flüchtlingskonvention zum Schutz und zur Integration von Migrant*innen und subsidiär Schutzberechtigten sowie jener Menschen, die vor Krieg, Folter, Gewalt, frauenspezifische Fluchtgründe, Umweltzerstörung, wegen politischer Verfolgung oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geflohen sind. Wir setzen uns für ein Flucht- und Asylrecht ein, das der Menschenwürde und den Europäischen Menschenrechten entspricht. Geflüchteten Menschen muss eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Wir lehnen weitere Asylrechtsverschärfungen ab, ebenso jene Parteien und Kräfte, die Geflüchtete für ihre rechtsextreme und rassistische Politik instrumentalisieren wollen.

Deshalb fordern wir:

- Europäische Lösungen für eine Stärkung des Flüchtlingsschutzes innerhalb von Europa statt der Abwälzung der Verantwortung für Flüchtlinge an Drittstaaten. Dazu braucht es jedenfalls: Sichere Wege zu einem Asylverfahren in Europa ohne Obergrenzen und die Stärkung des individuellen Asylrechts.
- Gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten der EU die erforderlichen Schritte setzen, damit eine menschenwürdige Unterbringung der Menschen aus Flüchtlingslagern (bspw. Moria) und den bosnischen Wäldern sowie rasche humanitäre Hilfe sichergestellt werden kann.
- Die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Flüchtlingslagern als humanitäre Notmaßnahme in Österreich ermöglichen.
- Wiedereinführung der unabhängigen Rechtsberatung für Asylwerber*innen.
- Erstinstanzliche Entscheidungen hinsichtlich eines Aufenthaltsrechts aus humanitären Gründen sollen im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung wieder durch die Bezirksverwaltungsbehörden getroffen werden.
- Neuausrichtung der oberösterreichischen Antidiskriminierungsstelle als unabhängige Einrichtung und als starke Stimme gegen Diskriminierung.
- Wirksame Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus durch eine Beratungsstelle zum Schutz und zur Hilfe für von rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer

Gewalt bedrohte und betroffene Menschen sowie Aussteiger*innen aus rechtsextremen oder fundamentalistischen Kreisen. Anlaufstellen in Oberösterreich für Aussteiger*innen aus rechtsextremen oder fundamentalistischen Kreisen schaffen.

- Keine Landesförderungen für rechtsextreme Burschenschaften und sonstige rechtsextreme Vereine.
- Wirksame Bekämpfung rechtsextremer Straftaten.
- Schluss mit der Übernahme des Ehrenschatzes für den rechtsextremen Burschenbundball durch den Landeshauptmann.
- Besserer Schutz für die KZ-Gedenkstätten in Oberösterreich.

INTEGRATION: WIR SCHAUEN AUF EINANDER .

Egal ob hier geboren oder nicht – für uns als SPÖ Oberösterreich ist klar, dass alle Menschen die gleichen Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten haben sollen.

Dazu gehören eine rasche Arbeitsmarktintegration, aktive Schritte, um Diskriminierungen abzubauen sowie ein leichter Zugang zur dauerhaften Einbürgerung. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der wir uns alle gegenseitig wertschätzen – unabhängig vom eigenen Geburtsort oder vom Geburtsort der Eltern.

Deshalb fordern wir:

- Eine zukunftsweisende Integrationspolitik muss sich an folgenden Zieldimensionen orientieren: Chancengleichheit – gleiche Arbeitsmarktchancen für alle. Gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung, Verhinderung und Abbau von Diskriminierungen und die Verbesserung der gegenseitigen Akzeptanz aller in Oberösterreich lebenden Menschen.
- Erleichterte Einbürgerungen: Laut einer aktuellen Studie ist Österreich absolutes Schlusslicht in Europa beim Zugang zur Einbürgerung! Eine Einbürgerung darf nicht an den Kosten scheitern. Daher: Senkung der Gebühren sowie eine kostenfreie Einbürgerung von hier geborenen Kindern.

INKLUSION, DAS SCHAFFEN WIR!

Die SPÖ in Oberösterreich schafft Teilhabe für alle Menschen. Dazu gehört ein ausgebautenes Betreuungsangebot und die Teilhabe durch Arbeit. Denn nichts fördert die Zufriedenheit mehr als Arbeit unter fairen Arbeitsbedingungen. Sie ist der Motor der Inklusion. Um pflegende Angehörige zu entlasten und ihre Pension zu sichern, brauchen sie umfassende soziale Absicherung. So wird Oberösterreich gerecht für alle seine Einwohner*innen, egal in welcher Lebenslage.

Deshalb fordern wir:

- Sicherstellung der notwendigen Finanzierung für einen vorausschauenden und nahtlosen Ausbau von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung nach dem oberösterreichischen Chancengleichheitsgesetz. Damit die Reduktion der bestehenden Wartelisten auch nach dem Jahr 2021 vorangetrieben werden kann.
- Rasche Umsetzung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung von Beschäftigten in einer Werkstätte oder anderen Tagesstrukturen sowie Standards für eine würdige Entlohnung – durch die Sicherstellung einer Finanzierung des Bundes.
- Fokus auf integrative Arbeitsplätze in Unternehmen vor Ort.
- Ausbau von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige.
- Möglichkeit einer Anstellung für betreuende Angehörige von Menschen mit Beeinträchtigung, inklusive umfassender sozial- und pensionsrechtlicher Absicherung.
- Menschen mit Beeinträchtigungen, die in betreuten Wohngemeinschaften als sogenannte „teilbetreute Bewohner*innen“ leben, ist bei der Sozialhilfe der Richtsatz für Alleinstehende zuzuerkennen.
- Sicherstellung der barrierefreien Teilhabe.

SPÖ ÖÖ

ES BRAUCHT

JETZT

MEHR

SPÖ.

**BIRGIT
GERSTORFER**

**UNSER REGIERUNGSPROGRAMM
FÜR OBERÖSTERREICH.**